



Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Verkehrsausschuss	11.11.2021	öffentlich	Bericht

Betreff:

**Gerechte Mobilität für alle durch gendersensible Planung
hier: Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis90/Die Grünen vom 08.03.2021**

Anlagen:

Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.03.2021
Ausführlicher Sachverhalt

Bericht:

Mit Schreiben vom 08.03.2021 beantragt die Stadtratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen einen Bericht zu "Gender Mainstreaming" in der Verkehrsplanung und zur Handhabung des Diversity Checks in Sitzungsvorlagen. Darüber hinaus wird eine Anhörung zum Thema "Gender Planning", die als Basis für das weitere Arbeiten genutzt werden kann, und eine Umfrage insbesondere unter Frauen, älteren Menschen und Menschen mit Betreuungsaufgaben zu genderspezifischen Bedürfnissen in der Mobilität gefordert.

Auf den ausführlichen Bericht wird verwiesen.

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

Gesamtkosten

€ **Folgekosten** € pro Jahr

dauerhaft nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv € davon Sachkosten € pro Jahr

davon konsumtiv € davon Personalkosten € pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)
 Ja
 Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans
 Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)
 Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Gendersensible Planung berücksichtigt die Belange von bislang benachteiligten Bevölkerungsgruppen.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

